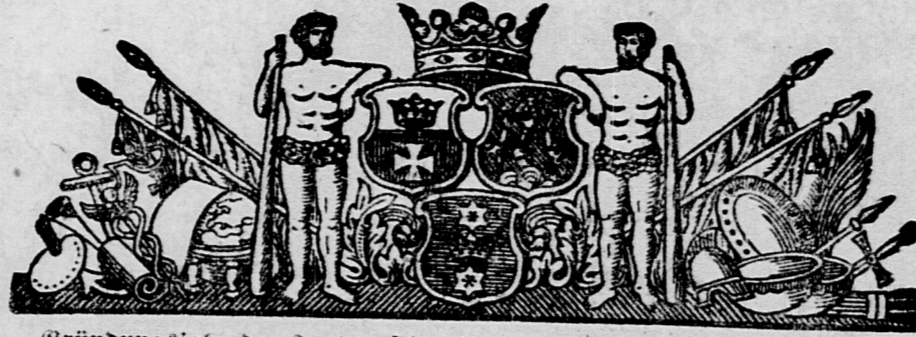


# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung\*  
erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal.  
Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich  
5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk.,  
frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Viertel-  
jährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).  
Feldpostbezug täglich unter Kreuzband:  
monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.  
Fernsprecher: Schriftleitung 1011,  
Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307,  
Sachschiffleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Reupner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle  
Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigen-  
vermittlungen hier und auswärts entgegen-  
genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile  
oder deren Raum 50 Pfg., für Luftzettel außer-  
halb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und  
Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen  
2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.  
Postsch. d. Nummer: 141, Königsberg.  
Berliner Geschäftsleitung: Berlin, W. 57,  
In der Apostelkirche 7. (Einsch. 6202/3.)

## Die Volksräte im Osten: Zusammenschluß und Ziel.

### Brockdorff-Rankhaus Einspruch beim Vielverband gegen Unterfröschung der Rheinrepublik.

Hamburger Werftarbeiter gegen die Betriebsleitung. — Streikgesetz in Vorbereitung. — Leviné hingerichtet. — Friede am 15. Juni?

### Unsere Offfragen.

Ueberorganisiertheit ist kein guter Zustand. Wir haben davon in Deutschland auf manchen Gebieten merklicher Weise ja schon zuviel. Soweit es sich um die Zusammenfassung der Berufsgruppen für ihre Zwecke handelt, ist gegen die Bewegung, die sich unaufhaltsam weiterentwickelt, wenig einzuwenden. Sie entspricht der neuen Zeit, und man hat nur darauf zu achten, daß nicht der berechnete Begriff der „wirtschaftlichen Demokratie“ zu einem zwangswelken Schlagwort wird, in dessen Verfolg unterm Wirtschaftswort Formen zugemutet werden, die sein künftiges Gedeihen behindern. Was jedoch unsere staatlichen Einrichtungen betrifft, so ist der übertriebene Neigung, neue Organisationen zu schaffen, entschieden entgegenzutreten. Ein Rätewesen, das in irgendwelcher Gestalt die verfassungsmäßigen Regierungsstellen überwindet, wird schädlich. Auch dürfen die Parteien nicht durch andere politische Gebilde ausgegliedert werden, denen die Bewahrung fehlt, und die weit zufälliger zusammengesetzt sind.

Gegenüber den Volksräten, die sich im deutschen Osten gebildet haben, vertreten wir dennoch keine ablehnende Stellungnahme. Sie sind in Posen, Westpreußen und Schlesien unter dem Druck der polnischen Gefahr entstanden und bilden dort eine nützliche Abwehr, in der sich das Deutschtum wirksam betätigen kann. Der Grundgedanke des Volksratswesens war deshalb auch für Ostpreußen berechtigt, sobald unsere engere Heimat ebenfalls polnischen Eingriffen ausgesetzt war. Bedingung war dabei freilich, daß möglichst alle Parteirichtungen im Volksrat vertreten seien. Bei uns haben sich leider die Mehrheitssozialisten ferngehalten und die „Unabhängigen“ natürlich erst recht, obwohl sogar diese anderswo, beispielsweise in Oberschlesien, eine entschlossene deutsche Haltung gegen die polnische Gefahr eingenommen haben. Das Königsberger mehrheitssozialistische Blatt hat dieser Lage den Volksrat, an dem die demokratische Partei teilnimmt, sehr unfreundlich besprochen. Ganz abgesehen von durchaus verfehlten Angriffen, die sich gegen den Abgeordneten Barisch richteten (selbst dessen Berufsstellung als „Klempnermeister“ wurde mit unverständlichem Spott betont), verwarf das sozialdemokratische Blatt den Volksrat glatt, weil er eine reaktionäre nationalitistische Richtung habe. Wir halten den Standpunkt der Mehrheitssozialdemokratie in diesem Fall für verfehlt. Besteht wirklich bei den Parteien der Rechte die Neigung, ihre Tendenzen in den Volksrat hineinzutragen, so haben nach unserer Auffassung die Parteien der Linken erst recht die Verpflichtung, durch ihre Mitarbeit zu verhindern, daß politische Gebräde des Volksrats vor solchen Einseitigkeiten zu bewahren. Man darf sich der Aufgabe des Volksrats nicht ohne weiteres entziehen, die deutsche Gegenwehr gegen das Polentum ist kraftvoll zusammenzufassen. Der neueste Beschluß, den die ostdeutschen Volksräte auf ihrem Vertretertag in Danzig gefaßt haben, parteipolitisch völlig einwandfrei, betont ausdrücklich die Notwendigkeit einer friedlichen Auseinandersetzung zwischen dem Deutschtum und dem Polentum. Damit können also auch die politischen Kreise sich einverstanden erklären, die den Plan eines bewaffneten Widerstandes im Osten erst für den alleräußersten Notfall lassen wollen. Wir glauben, daß die ostdeutschen Volksräte mit ihrer Danziger Kundgebung auf dem richtigen Wege sind, und daß sie dabei die Wünsche aller Ostdeutschen zu berücksichtigen haben. Auch der Aufruf der deutschdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung an die Ostdeutschen bestärkt uns in dieser Ansicht. Deshalb soll man sich nicht durch politische Heißhörner der Rechte, die sich in den Volksräten vielleicht nicht immer die gebotene Zurückhaltung auferlegen, von der Mitwirkung in den ostdeutschen Volksräten abhalten lassen, sondern erst recht dafür sorgen, daß diese ihrer eigentlichen Bestimmung gerecht werden, ohne Parteinebenzwecke.

Wir Hinweis darauf, daß sich in Danzig eine Strömung bemerkbar gemacht hat, die für die Hauptstadt Westpreußens gewisse Vorteile anstrebt, sobald Königsberg dabei geschädigt worden wäre, hat uns einen scharfen Tadel durch die „Danziger Zeitung“ eingetragen. Wir betonen demgegenüber, daß wir die gute deutsche Gesinnung der Stadt Danzig und unserer westpreussischen Landsleute selbstverständlich nicht mit irgendeinem Zweifel antasten wollen oder angeht haben. Uns lag nur daran, auf die Gefahr hinzuweisen, die entstehen kann, wenn unsere gemeinsamen ost- und westpreussischen Fragen von einem Einzelstandpunkt aus betrachtet werden, sobald sich die einheitliche Haltung irgendwie zerfällt und Gegensätzlichkeiten entstehen. Wir nehmen gern davon Kenntnis, daß nach dem Zeugnis der „Danziger Zeitung“ derartige Sonderbestrebungen und Quertreibereien, von denen unsere Putschrist nicht ohne Grund warnte, durch die dortige Stadtverwaltung nicht unterstützt werden. Auch die Vertreter Danzigs bei den Friedensverhandlungen werden also die in den deutschen Gegenorschlägen festgelegte Haltung für die gesamten Ostfragen zu der ihrigen machen.

### Ein Volksratsauschuß.

W.B. Danzig, 5. Juni. Die gewählten Vertreter der Volksratsbewegung und des Heimatsdienstes der Dittmar, Gruppe Nord, sind in Danzig zu gemeinsamer Besprechung zusammengetreten und haben sich dort zu einem Volksratsauschuß konstituiert. Der Volksratsauschuß ist mit dem gleichfalls in Danzig tagenden Vor-

mentarischen Aktionsauschuß der Nordgruppe in Fühlung getreten. Innerhalb des Volksratsauschusses, der sich aus den Vertretern der Provinzen Ost- und Westpreußen, des Nebedittmars und der Kreise Bittow und Rauenburg zusammensetzt, ist völlige Uebereinstimmung über das Ziel und die Mittel zu seiner Erreichung erzielt worden. Die Beratungen brachten den Willen der hinter den führenden Männern stehenden Volkskreise zum Ausdruck, sich angesichts der drohenden Gefahr eng zusammenzuschließen. Die Verhandlungen ergaben ferner völlige Einigkeit über die Notwendigkeit der Erhaltung der Dittmar bei Deutschland und über die Notwendigkeit eines auf breiterer demokratischer Grundlage zu erfolgenden deutsch-polnischen Ausgleichs, der in einer friedlichen Auseinandersetzung der aufeinander ansetzenden deutschen und polnischen Bevölkerung bestehen müsse. Der Volksratsauschuß wird die Bemühungen der Reichsregierung durch Verhandlungen die Erhaltung der Dittmar zu erzielen, mit allen Mitteln unterstützen und wird die gesamten Kräfte der deutschen Bevölkerung des Ostens zu diesem Zwecke einheitlich zusammenfassen.

### Gegen die Rheinrepublik.

#### Brockdorff an Clemenceau.

W.B. Berlin, 5. Juni. Nachstehende Note betreffend die Loslösung der Rheinlande und der Pfalz wurde Clemenceau überreicht.

Herr Präsident!

Die deutsche Delegation erhielt in den letzten Tagen sowohl durch die Presse als durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon, daß in den Rheinlanden und der Pfalz Bestrebungen im Gange sind zu dem Zweck, diese Gebiete vom Deutschen Reich loszulösen und zu selbständigen Republiken zu machen. Die Bestrebungen werden von den militärischen Behörden der Okkupationsmächte nicht nur gebuldet, sondern sogar offen unterstützt. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen die Anstifter einschreiten und sie nach den bestehenden deutschen Gesetzen wegen Hochverrats zur Verantwortung ziehen, werden von den Besatzungsbehörden ihrerseits verfolgt und mit Ausweisung bedroht. Einzelheiten, die wegen Abhörung der rheinischen Gebiete vom übrigen Deutschland nicht mit Genauigkeit haben nachgeprüft werden können, sind in der hier abgeschrieben beigefügten Note des Reichsministers Erzberger an General Andant vom 2. Juni enthalten.

Die deutsche Delegation macht die alliierten und assoziierten Regierungen darauf aufmerksam, daß die Duldung der Beförderung von Bestrebungen, die zur Ablösung der westlichen Gebiete vom Reich führen sollen, in hohem Maße geeignet ist, die Verhandlungen über die Herstellung des Friedens und die Durchführung seiner Bedingungen zu stören. Ein solches Verhalten der Okkupationsbehörden würde überdies in schroffem Widerspruch zu der Bestimmung des Artikels 5, Absatz 2, des Waffenstillstandsabkommens stehen, die offenbar davon ausgeht, daß die Zuständigkeit der bisherigen Verwaltungsbehörden dieser Gebiete unangefastet bleibt, und daß die militärische Besetzung durch die Gegner die Zugehörigkeit der Gebiete zum Reich in keiner Weise berührt. Dazu kommt, daß Deutschland die Kosten, die es im Friedensvertrag auf sich nehmen will, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Unterlagen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangefastet bleiben. Es bedarf keiner Ausführung, daß eine Abtrennung von Gebieten mit so großer Bevölkerungszahl und so hoch entwickelter Industrie wie die Rheinlande die Grundlagen des deutschen Friedensangebotes erschüttern müßten. Wenn also die Behörden der Okkupationsmächte, die den Abfall der Rheinlande fördern, der Meinung sind, daß sie dadurch den Interessen der alliierten und assoziierten Regierungen dienen, so vergessen sie, daß sie zwar vielleicht den tatsächlichen Machtbereich dieser Regierungen für den Augenblick vergrößern, zugleich aber die rechtlichen Sicherheiten verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen haften sollen.

Hiernach richtet die deutsche Friedensdelegation an die alliierten und assoziierten Regierungen des nachdrückliche Ersuchen, die im Vorstehenden gekennzeichneten Vorgänge alsbald aufzuklären und dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die militärischen Behörden der Okkupationsmächte im Rheinland unverzüglich und mit allem Ernste auf das Gefährliche ihres mißleiteten politischen Eifers hingewiesen und angehalten werden, einerseits jede Förderung von Loslösungsbestrebungen zu unterlassen, andererseits den deutschen Behörden bei der pflichtmäßigen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Brockdorff-Rankhaus.

### Die französischen Loslösemandate.

W.B. Berlin, 5. Juni. Seitens der Franzosen wird zur Unterstützung der Loslösungsbestrebungen in der Rheinprovinz gerichtlich u. a. verbreitet, daß nach erfolgter Ausrufung der Republik die Weinpreise amtlich auf den Friedenspreis festgesetzt werden würden, ebenso die Lebensmittelpreise und der Markkurs sofort auf 123 festgesetzt werden würde. Die Amerikaner und Engländer haben diese Forderung der Loslösungsbestrebungen in den von ihnen besetzten Gebieten verboten und erkennen nur die jetzige deutsche Regierung an.

### Ausweisung eines heftigen Abgeordneten aus dem besetzten Gebiet.

W.B. Frankfurt/Main, 5. Juni. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, wurde dem heftigen Landtagsabgeordneten Reiber von der französischen Behörde befohlen, das besetzte Gebiet sofort zu verlassen. Das gleiche Schicksal traf eine ganze Anzahl Schullehrer, die am Ausstand am letzten Montag sich beteiligt haben.

### Die verprügelten rheinischen Minister.

W.B. Berlin, 5. Juni. Das „Berliner Tageblatt“ meldet u. a. aus Frankfurt a. M.: Der Präsident der Rheinischen Republik Dr. Dörten versuchte gestern Abend mit seinem neugebildeten Kabinett durch einen Handstreich von der Regierung in Wiesbaden Besitz zu ergreifen. Er benutzte den freien Nachmittag der Beamten, um in das Regierungsgebäude einzudringen und brachte als erste Amtshandlung die Hissung der weiß-grünen Fahne an, die er gleich mitgebracht hatte. Doch konnte dieser Versuch nicht ausgeführt werden, weil man nicht den Ausgang zum Dach fand. Inzwischen hatte sich die Kunde von dem beabsichtigten Putsch verbreitet und große Menschenmengen sammelten sich unter Ausdrücken heftigster Empörung vor dem Gebäude an. Einige handfeste Leute drangen in dieses ein und verprügelten die Herren Minister fürchterlich, so daß einige von einem herbeigeholten Arzt den ersten Verband erhalten und dann ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Nur der Präsident Dr. Dörten kam glimpflich davon, weil er sich im Regierungsgebäude versteckte und sich später durch die Flucht rettete. Bemerkenswert war bei diesen Vorgängen die Haltung des französischen Militärs. Die Wache im Regierungsgebäude beobachtete volle Neutralität. Auch der Kommandant von Wiesbaden, Kinnel, erklärte, sich nicht in die Vorgänge einzumischen zu wollen. Nur müsse auf der Straße die Ruhe bewahrt werden.

W.B. Berlin, 5. Juni. Wie der „Volkenspiegel“ unter anderem meldet, hat sich der Wiesbadener Magistrat einstimmig gegen die neue Regierung ausgesprochen und erklärt, daß er ihre Befehle und Weisungen nicht anerkennen werde. Der neue Präsident Dörten hält sich in seiner Residenz Wiesbaden auf, da ihm wegen der Drohungen der Arbeiter Wiesbaden zu unheimlich geworden ist. Auf seinen Nachschritten begleiten ihn zu seinem Schutz stets zwei französische Offiziere.

### Profeststreik in Wiesbaden.

W.B. Berlin, 5. Juni. Gestern hat in Wiesbaden ein allgemeiner Profeststreik gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik stattgefunden. Gegen die sogenannte Restierung dieser Republik nehmen die sämtlichen preussischen Behörden in Wiesbaden selbstverständlich eine unbedingt ablehnende Haltung ein.

### Ein Aufruf der Deutsch-demokratischen Fraktion.

(Eigene Drahtung der „Hartung'schen Zeitung“.)

W.B. Berlin, 5. Juni. Die Deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, sich an ihre Freunde in den besetzten Gebieten im Osten und Westen mit folgendem Aufruf zu wenden: Wir Mitglieder der Deutschen demokratischen Fraktion der Nationalversammlung senden Euch, unseren Freunden und Gesinnungsgenossen im besetzten Osten unseres Vaterlandes, in dieser Schicksalsstunde treuherzigen Gruß und die Versicherung, daß wir mit unseren Herzen bei Euch sind und daß Euch unsere einmütige Sorge und Arbeit gilt.

Hunderttausende von Deutschen sind in höchster Gefahr, mit einem Teile des polen Land, obwohl dies dank ihrer Arbeit und ihrer Tüchtigkeit wirtschaftlich und kulturell einen überwiegend deutschen Charakter aufweist, unter polnische Herrschaft zu kommen.

Wir sind uns der hohen nationalen Pflichten voll bewußt, die uns für Euren Schutz und die Erhaltung Eures Deutschtums in der Zukunft erwachsen, wenn dieses Unheil unabwendbar sein sollte.

In Ost- und Westpreußen, in Posen und Oberschlesien sind weitere Millionen von Deutschen durch die Begehrlichkeit unserer Feinde bedroht.

Unsere Feinde sollen wissen, daß wir unseren ganzen Einfluß aufbieten werden, damit Regierung und Nationalversammlung die berechtigten Wünsche und Interessen dieser Gebiete mit allem Nachdruck wahrnehmen und namentlich auch alles tun, um sie vor dem unmittelbaren drohenden Zugriff der Feinde zu schützen.

Die Deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung sendet ebenso den Freunden und Gesinnungsgenossen im besetzten Gebiet der Westmark brüderlichen deutschen Gruß.

Wir wissen, daß die Demokraten am Rhein sich durch Einschüchterungen der Gegner, verräterische Vorkriegselungen landfremder Elemente und durch eigenmächtige urreisende Gedankengänge nicht von der Treue zu unserem gemeinsamen Vaterlande abdrängen lassen. Wir kennen ihre Standhaftigkeit, Entschlossenheit, Vaterlandsliebe und Begeisterung. Diese demokratischen Tugenden werden auch in dieser schwersten Stunde unseres Volkes den Rheinländern den richtigen Weg weisen.

Unsere erste Sorge um unser fester Wille war und ist es, unseren Brüdern vom Rhein und insbesondere von der Saar zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Nationalversammlung wird alles tun, um die berechtigten Wünsche und Interessen der einzelnen Teile, Schichten und Gruppen des deutschen Volkes durchzusetzen. Das gilt von Euren wirtschaftlichen Wünschen. Es gilt aber namentlich von den Friedensbedingungen. Die Nationalversammlung hat vor Gegenwart und Zukunft die Pflicht, das Deutsche Reich vor dem Verfall zu schützen. Rheinländer, helfe dazu. Dient damit Euch und Euren Kindern!

Auf die Rheinländer sind die Blicke der ganzen Welt gerichtet. Die Rheinländer werden vor dem Urteil der Mitwelt und der Geschichte bestehen.

Für den Vorstand  
Der Vorsitzende  
Bayer.